

Zeitwort

18.01.1974:

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz wird verabschiedet

Von Daniela Wakonigg

Sendung vom: 18.01.2025

Redaktion: Susanne Schmaltz

Produktion: SWR 2021

Zeitwort können Sie auch im **Webradio** unter [swrkultur.de](https://www.swr.de/swrkultur.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören – oder als **Podcast** nachhören:

<https://www.swr.de/swrkultur/programm/podcast-zeitwort-100.html>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR Kultur App für Android und iOS

Hören Sie das Programm von SWR Kultur, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR Kultur App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: <https://www.swr.de/swrkultur/swrkultur-radioapp-100.html>

O-Ton von Hans-Dietrich Genscher (FDP):

Meine Damen und Herren, mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, das dem Hohen Hause heute zur abschließenden Beratung vorliegt, ist eine weitere wichtige Etappe in unserem Bemühen um eine bessere Umwelt erreicht.

Autorin:

Am 18. Januar 1974 verabschiedet der Deutsche Bundestag das "Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge", kurz: "Bundes-Immissionsschutzgesetz". Dass der Ausverkauf der Umwelt nicht weitergehen kann wie bisher, ist damals den Vertretern aller Parteien klar – auch Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher von der FDP:

O-Ton von Hans-Dietrich Genscher (FDP):

Wir wissen inzwischen, welche verheerenden Folgen für Gesundheit und Leben aus Verstößen gegen den Umweltschutz entstehen können. Umweltschutz hat seinen Preis, aber kein Umweltschutz wäre wesentlich kostspieliger und vor allem für die Menschen folgenschwerer.

Autorin:

Umweltverschmutzung ist die Kehrseite des Wirtschaftswunders. Denn das Florieren der Industrie und die zunehmende Motorisierung der Bevölkerung seit den 1950er Jahren sorgen für Lärm, Giftstoffe im Wasser und Smog in der Luft. Unter Kanzler Willy Brandt bekommt der Schutz der Umwelt mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz einen neuen Stellenwert. Die von Juristen salopp BimSchG genannte Bestimmung ist damals eines der modernsten Gesetze auf dem Gebiet des Umweltschutzes weltweit. Ihr Kerngedanke: Umweltverschmutzungen durch Lärm oder Schadstoffe soll vorgebeugt werden, bevor sie überhaupt entstehen. Und das mit Methoden, die stets dem neuesten Stand der Technik anzupassen sind. Ob Industrieanlage, Straßenbau oder Rasenmäher – auf sie alle hat das neue Gesetz Auswirkungen.

O-Ton von Hans-Dietrich Genscher (FDP):

In diesem Sinne wird Umweltschutz in Zukunft ein umfassendes prinzipielles Entscheidungskriterium sein, das insbesondere die Wirtschaft, aber auch Bund, Länder und Gemeinden bei allen umweltrelevanten Planungen zu berücksichtigen haben.

Autorin:

Dass die Umwelt überhaupt für den Menschen und vor dem Menschen geschützt werden muss, war damals ein recht neuer Gedanke. Zwar entstand bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Naturfreundebewegung, doch ging es Naturfreunden und Wandervögeln hauptsächlich um den Genuss der Natur. Erst Anfang der 1970er Jahre kommt weltweit eine Umweltbewegung auf, in deren Zentrum der umfassende Schutz auch von Boden, Luft, Wasser und Klima vor schädlichen Eingriffen des Menschen steht. Eine Bewegung, die bekanntlich umwälzende Auswirkungen auf die Gesellschaft hatte. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich zum 1974 verabschiedeten Bundes-Immissionsschutzgesetz viele weitere Umweltvorschriften hinzugesellt und das Gesetz selbst wurde mehrfach geändert. Doch bis heute ist es die zentrale

Rechtsnorm der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der Umwelt vor schädlichen Immissionen. Und bei vielen großen aktuellen Themen spielt es eine wichtige Rolle. So wurde beispielsweise vom Bundestag die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Hinblick auf Fahrverbote in Innenstädten diskutiert.

O-Ton von Oliver Krischer (B90/Grüne):

Wir haben seit Jahren in deutschen Innenstädten massive Grenzwertüberschreitungen, weil die Hersteller Fahrzeuge verkauft haben, die teilweise um das Mehrfache die Grenzwerte überschritten haben.

O-Ton von Ulli Nissen (SPD):

Wegen schlechter Luft drohen vielerorts Fahrverbote. Mit der 13. Änderung des BimSchG schaffen wir die Voraussetzung, dass ordnungsgemäß nachgerüstete Fahrzeuge und Euro 6 Autos von möglichen Fahrverboten ausgenommen werden.

Autorin:

Ob das Bundes-Immissionsschutzgesetz tatsächlich immer seinen Zweck erfüllt, daran zweifeln Umweltverbände. Allerdings würde es unserer Umwelt ohne BimSchG vermutlich noch wesentlich dreckiger gehen.